



Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW

Resolution zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes Drucksachen 15/918 und 15/1266

Vor dem Hintergrund der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses zum Rettungsdienstgesetz in der Drucksache 15/1266 wolle der Landtag beschließen:

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses zum Rettungsdienstgesetz (Drucksache 15/1266) richtet der Landtag folgenden Appell an die Kreise, kreisfreien Städte und an die Krankenkassen in Schleswig-Holstein:

Der Landtag fordert sie auf, für bereits bestehende Gebührenbescheide im Rahmen der Fehlfahrtenproblematik eine einvernehmliche Lösung zu finden, die die Bürgerinnen und Bürger von Belastungen freihält.

Die Kommunen als Träger des Rettungsdienstgesetzes werden gebeten, die von ihnen nach § 6 Abs. 3 des Rettungsdienstgesetzes beauftragten Organisationen des Rettungsdienstes an zukünftigen Verhandlungslösungen angemessen zu beteiligen.

Arno Jahner
SPD-Fraktion

Werner Kalinka
CDU-Fraktion

Dr. Heiner Garg
FDP-Fraktion

Monika Heinold
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lars Harms (SSW)